



**Geschäftsführung  
Ausschuss Schule und Weiterbildung**

Herr Klais

Telefon: (0221) 29366  
Fax : (0221)  
E-Mail: bruno.klais@stadt-koeln.de

Datum: 14.09.2018

**Auszug  
aus dem Entwurf der Niederschrift der Sitzung des Ausschusses  
Schule und Weiterbildung vom 04.09.2018**

**öffentlich**

**4.4 Schulrechtliche Errichtung einer Gesamtschule im Stadtbezirk Lindenthal zum Schuljahr 2019/20 bei gleichzeitiger auslaufender Schließung der Elsa-Brändström-Realschule und der Ernst-Simons-Realschule  
2627/2018**

**Teil I - Vor Eintritt in die Tagesordnung:**

Zu dem letztgenannten Tagesordnungspunkt 4.4 führt Herr Dr. Schlieben aus, dass aus seiner Sicht noch einige Punkte zu klären sind:

>ihm liegt ein Schreiben des LVR vom August vor, womit der LVR Bedenken gegen das Vorgehen der Stadt Köln äußert. Er bittet die Verwaltung darum, dieses Schreiben allen Mitgliedern des Schulausschusses sowie der Bezirksvertretung 3 zusammen mit einer Stellungnahme der Verwaltung dazu zur Verfügung zu stellen  
>die Verwaltung möge rechtzeitig vor der Sitzung der BV Lindenthal am 24. September verdeutlichen, warum allein am Standort Berrenrather Straße 488 die Gründung einer Gesamtschule nicht möglich ist  
>weiter bittet er um eine Stellungnahme zu der denkbaren Option, d.h. der schulrechtlichen Möglichkeit zur Gründung eines Hauptschulzweiges am Standort Berrenrather Straße, wie dies seit Kurzem durch eine Änderung des Schulrechtes möglich ist. Inwieweit spielt dies für die Schulentwicklung in Lindenthal oder Sülz eine Rolle? Wäre dies eine Alternative?

Für den Fall, dass der Beratungsbedarf gleich nicht akzeptiert wird, stellt er fest, bliebe die Vorlage wie vorgesehen in der Beratungskette, sodass der Rat noch am 27. September 2018 entscheiden könne. Würde eine Mehrheit dem Beratungsbedarf folgen, so sollte gleichwohl die BV 3 beginnen mit der Beratung und zwar in der Sitzung am 24. September und einer Beschlussfassung im Schulausschuss im November und im Rat ebenfalls im November.

Frau Dr. Klein betont in ihrer Stellungnahme, dass die Ratssitzung im September erreicht werden muss, weil im Oktober 2018 die Elterninformationsgespräche stattfinden und im Februar 2019 das Anmeldeverfahren startet. Würde der Beschluss nicht im September gefasst, würde man der Gesamtschule in ihrer Startphase gravierende zusätzliche Hürden errichten. Eine solide Vorbereitung ist aber eine wichtige Voraussetzung für den erfolgreichen Start einer neuen Schule. Die Verwaltung schlägt einen Beginn mit 4 Zügen in der Sek I und mit 2 Zügen in der Sek II zum Sommer 2019 vor. Die Dezernentin informiert darüber, dass die Elsa-Brändström-Realschule im Anmeldeverfahren für das neue Schuljahr 2018/19 nur 7 reguläre Anmeldungen plus der Anmeldungen für die Sportklassen bekommen habe; die Ernst-Simons-Realschule hat 42 Schülerinnen und Schüler aufgenommen.

Weiter begründet sie die Notwendigkeit der Einrichtung einer Gesamtschule und weist darauf hin, dass diese perspektivisch auch Sportschule NRW sein und den Verbund stärken könnte. Zudem haben sich beide betroffenen Schulen durch einstimmige Schulkonferenzbeschlüsse für eine Gesamtschulgründung ausgesprochen. Die Verwaltung habe der Bezirksbürgermeisterin Frau Blömer-Frerker und den schulpolitischen Sprechern bereits sehr früh, nämlich in einem Gespräch am 04.06.2018, ausführliche Informationen zum Verwaltungsvorschlag präsentiert, der heute zur Beratung vorliegt.

Zum Schreiben des LVR stellt sie fest, dass auch der LVR gut nachvollziehen könne, dass man in Köln mehr Gesamtschulplätze braucht. Bedenken sind nur hinsichtlich einer möglichen Konkurrenz in der Sek II zur Anna-Freud-Schule vorgetragen worden; die Verwaltung sieht dies jedoch - ebenso wie Bezirksregierung - genau andersherum positiv. Die Fragestellungen zur Raumsituation werde man mit dem LVR klären.

Zu den zuvor gestellten Fragen bzw. bisherigen Prüfungen weist sie auf die verschiedenen Lösungsansätze hin. Das Gebäude der Russischen Föderation sei in einem vertretbaren Zeitraum nicht zu aktivieren. Eine dreizügige Gesamtschule sei vom Schulministerium eindeutig abgelehnt worden genauso wie eine vertikale Aufteilung. Über die Realisierbarkeit einer 4-Zügigkeit am Standort Berrenrather Straße ist im Schulausschuss sehr ausführlich diskutiert worden. Zur Sitzung am 22.01.2018 habe die Verwaltung zu einer Anfrage der SPD-Fraktion auf Basis einer Massenstudie zur Standortuntersuchung diesbezüglich ausführlich Stellung bezogen (Ergänzender Hinweis: Vorlagennummer: 0244/2018).

Konkret zur Möglichkeit, eine vierzügige Gesamtschule auf dem jetzigen Schulgrundstück von 7.491 m<sup>2</sup> Größe unterzubringen, stellt sie fest, dass ausweislich des Ergebnisses der Massenstudie voraussichtlich ein VIII-geschossiger Baukörper erforderlich wäre. Eine solche Lösung wird jedoch von der Berufsfeuerwehr unter Brandschutzaspekten nicht mitgetragen. Alle diese Vorschläge erneut zu prüfen und zu diskutieren, sei nicht zielführend, da sich am Ergebnis nichts ändert.

Aus diesem Grund bittet die Dezernentin eindringlich um ein abschließendes Votum und appelliert an die Mitglieder des Schulausschusses wie auch der Bezirksvertretung Lindenthal, diese neue Gesamtschule jetzt auf den Weg zu bringen. Sie verweist auf den Entwurf des Erlasses zur Neuausrichtung der Inklusion, der eine Reduzierung der Klassenstärke vorsehe und ggf. bereits zum Schuljahr 2019/20 umgesetzt werden müsse und zu einem erheblichen Platzkapazitätsverlust in den Gesamtschulen führen wird. Angesicht der hohen Abweisungszahlen an Gesamtschu-

len werden trotz der neuen Gesamtschule Lindenthal immer noch Gesamtschulplätze fehlen.

Schließlich weist Frau Dr. Klein auf die „Ruckrede“ der Oberbürgermeisterin in der Ratssitzung vom 29. August 2018 hin, wo Frau Reker gefordert habe, Beschlüsse müssten schnell und an der gemeinsamen Sache orientiert gefasst werden. Sie zitiert wie folgt:

„Wenn wir wollen, dass mehr Bürgerinnen und Bürger uns ihr Vertrauen schenken, brauchen wir eine andere politische Kultur in unserer Stadt. Das bedeutet: keine Aufteilung von Interessen, sondern eine stärkere Orientierung an Gemeinsamkeiten. Verstehen Sie mich nicht falsch: Damit möchte ich die Unterschiede zwischen den Parteien nicht mit Zuckerguss überdecken. Ich fordere vielmehr ein anderes Miteinander im politischen Diskurs! Wir müssen uns gemeinsam mehr anstrengen, um unser Köln nach vorne zu bringen. Nach den besten Lösungen suchen, um Kompromisse zu finden.

Mir ist bewusst, dass Ihr herausragendes Engagement für die Sache, für Ihre Agenda, Ihre Wahlkreise und Bezirke die Grundlage für Ihre ehrenamtliche Arbeit im Rat und in den Bezirksvertretungen ist. Mir ist bewusst, dass bei diesem ehrenamtlichen Engagement, für das Sie alle unzählige Opfer bringen, oftmals nicht viel mehr übrig bleibt, als die Lust an der Diskussion.

Am Ende des Tages, meine Damen und Herren, darf diese Lust an der politischen Auseinandersetzung und die Begeisterung für die politischen Themen und die manchmal berechtigte Kritik an der Arbeit der Verwaltung aber nicht dazu führen, dass Sachentscheidungen auf die lange Bank geschoben und zwischen den unterschiedlichen Interessen zerrieben werden.“

Frau Kessing, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, merkt an, dass bei Ablehnung des Beratungsbedarfs ein Zeitfenster für Überlegungen der Fraktionen bis zur Ratssitzung am 27. September 2018 eröffnet würde. Sie nimmt diesen Beratungsbedarf ernst, geht aber davon aus, dass dann bis zur Ratssitzung eine Klärung erfolgen könnte. Ihre Fraktion würde deswegen dem zweiten Verfahrensantrag zustimmen.

Anschließend lässt Herr Dr. Schlieben über die beiden Anträge zum Verfahren abstimmen.

#### **Beschluss:**

Die Beratung dieser Vorlage wird wegen Beratungsbedarfes einer Fraktion zurückgestellt; das würde bedeuten, dass ihre Beratung in der Bezirksvertretung Lindenthal am 24. September 2018, Schulausschuss 5. November 2018, sowie im Rat am 22. November 2018 stattfinden würde.

#### **Abstimmungsergebnis:**

dafür: 4 Stimmen der CDU-Fraktion; dagegen: 8 Stimmen der SPD-Fraktion/der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/der Fraktion Die Linke/der FDP-Fraktion. Somit bleibt der TOP auf der Tagesordnung.

#### **Beschluss:**

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung verweist die Vorlage ohne Votum zur Beratung in die nachfolgenden Gremien und zur Beschlussfassung im Schulausschuss in einer Sondersitzung vor der Ratssitzung am 27. September 2018.

### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig zugestimmt mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion Die Linke, der FDP-Fraktion und eines Vertreters der CDU bei 2 Enthaltungen der CDU-Fraktion sowie 2 Nichtbeteiligungen der CDU-Fraktion.

Herr Dr. Schlieben fasst die sich daraus ergebende Beratungsfolge wie folgt zusammen: 17. September 2018 AVR, 18. September 2018 Sportausschuss und 24. September 2018 BV 3 und Finanzausschuss. Er bittet die Verwaltung spätestens bis zur Sitzung der BV 3 die Fragen schriftlich zu beantworten und das Schreiben des LVR mit Stellungnahme bereitzustellen.

Frau Dr. Klein sagt zu, die Fragen zu beantworten und zusammen mit einem Auszug aus der Niederschrift dem Ausschuss und der Bezirksvertretung zur Verfügung zu stellen. Ebenso wird eine Stellungnahme zu dem Schreiben des LVR verfasst und übermittelt.

Frau Laufenberg, FDP-Fraktion, bittet die Verwaltung um eine schriftliche Bestätigung der Auskunft, wonach nach Angabe des Schulministeriums eine 3-zügige Gesamtschule mit vertikaler Ausrichtung nicht möglich sein solle. Ihr liegen dazu andere Auskünfte vor.

Für Frau Westphal, sachkundige Einwohnerin FDP-Fraktion, steht nicht im Vordergrund, dass eine dreizügige Gesamtschule nicht möglich wäre; vielmehr wolle sie an diesem Standort eine vertikale Ausrichtung haben. Warum hat die Verwaltung stattdessen eine horizontale Ausrichtung vorgeschlagen? Warum kann man das Einzugsgebiet beider Standorte nicht gleich halten? Die FDP-Fraktion präferiert eindeutig eine vertikale Teilung dieser Schule. Bei dem Standort der Elsa-Brändström-Realschule sollte der sportliche Schwerpunkt im Fokus stehen; bei dem anderen Standort der Gesamtschule sollte ein anderer Schwerpunkt gefunden werden.

Zu diesen Fragen erläutert Herr Pfeuffer, dass der Vorschlag der Verwaltung den schulrechtlichen Vorgaben entspricht. Zwar könne man eine neue Gesamtschule an 2 Teilstandorten vertikal führen, wenn sie mindestens 6 Züge hat. Dafür aber fehlt im vorliegenden Fall der Platz; für eine vertikale Gliederung ist eine Genehmigung daher nicht zu erwarten. Der FDP-Fraktion sichert er die Beantwortung der zusätzlichen schulrechtlichen Fragen zu.

Auf eine Bemerkung des Herr Dr. Zimmermann, sachkundiger Einwohner CDU, erklärt Herr Dr. Schlieben, dass er den Auftrag annehme, einen Termin für eine Sondersitzung zu finden.

### **Teil II – Diskussionsverlauf**

Die inhaltliche Diskussion fand teilweise bereits bei der Beratung über die Tagesordnung statt (siehe oben).

Herr Dr. Schlieben weist nochmals darauf hin, dass ein Votum des Schulausschusses in der noch zu terminierenden Sondersitzung getroffen wird. Er begrüßt Frau Weisbarth, Schulleiterin der Elsa-Brändström-Realschule und erteilt ihr das Wort für ein Statement zu der Beschlussvorlage.

Frau Weisbarth erläutert die Situation ihrer Schule und stellt in einem leidenschaftlichen Plädoyer heraus, warum sie die von der Verwaltung vorgeschlagene Entschei-

derung unterstützt. Sie sei seit 20 Jahren Schulleiterin der Realschule und hat den Sportzweig an die Schule geholt; seinerzeit in erster Linie gedacht als Präventivmaßnahme. Eltern, Schule und das Umfeld hätten gemeinsam etwas Wichtiges geschaffen. Und ohne die Unterstützung der Stadt Köln wäre man bei der Sportausrichtung nicht so weit gekommen. Ihre Realschule ist stolz darauf, die Trainingsstätten von Rot Weiß Köln, des ASV und des 1. FC Köln sowie der Haie nutzen zu können. Sie weist darauf hin, dass man deswegen schon jetzt seit 10 Jahren nach Müngersdorf fährt; dies mit logistischer Unterstützung der Verwaltung.

Das Landesministerium und der DFB bewerten das Sportkonzept der Schule als sehr positiv. Die gesellschaftliche Entwicklung ist jedoch dahingegangen, dass aus der näheren Umgebung kaum noch Anmeldungen für die Realschule eingehen. Sie stellt fest, dass der Elternwille heute eindeutig in Richtung zur Gesamtschule gehe. In Zahlen bedeutet dies, dass es für ihre Realschule für das nächste Schuljahr nur 7 Anmeldungen gegeben habe. Wenn man keine Gesamtschule gründe, dann würde der Standort gegen die Wand gefahren.

Die Bezirksvertretung Lindenthal habe sich bereits positiv für eine Gesamtschule geäußert; die Sportvereine haben ebenfalls in diesem Sinne an die Oberbürgermeisterin appelliert. Weiter äußert sie die Sorge, dass das Land NRW den Titel „Sportschule NRW“ aberkennen würde, wenn die Stadt Köln keine entsprechende Entscheidung trifft.

Zusammenfassend sieht sie keine realistische Chance, alleine an ihrem Standort eine Gesamtschule zu führen. In diesem Jahr hat ihre Schule 55 geeignete Sport Schüler als Realschüler aufgenommen. Es sei nun jedoch an der Zeit, einen Beschluss für die Gesamtschule zu treffen; sie wünscht sich, die entsprechenden Details gemeinsam zu diskutieren.

Herr Dr. Schlieben dankt für ihr Statement und stellt heraus, dass alle Teilnehmer des Schulausschusses hier eine Gesamtschule haben wollen.

Herr Dr. Zimmermann, sachkundiger Einwohner CDU, nimmt Bezug auf seine Mail vom 12. Juli 2018 an die Verwaltung und möchte dazu einige Fakten aus seiner Sicht klarstellen. Er geht darin auf die räumliche Situation ein und leitet daraus ab, dass vorstellbar wäre, nach einem Start der Gesamtschule mit der Sek I binnen 7 bis 8 Jahren die restlichen Räume zu schaffen.

Herr Wirth, sachkundiger Einwohner Die Grünen, bittet um Auskunft, wie sich die Schülersituation an der Realschule in der 7. Klasse darstellt. Frau Weisbarth antwortet, dass die Stufe 7 normal gefüllt sei; es kommen dann viele Schüler von den Gymnasien hinzu.

Frau Dr. Klein nimmt zu der E-Mail des Herrn Dr. Zimmermann Stellung und stellt heraus, dass die Fragen nahezu ausschließlich innere Schulangelegenheiten betreffen. Zur angesprochenen Grundstücksgröße wiederholt sie, dass eine vierzügige Gesamtschule nicht auf ein Grundstück von 7.491 m<sup>2</sup> passt. Es gibt dazu ein Raumkonzept. Jedoch den Park auch nur teilweise für die Schule in Anspruch nehmen zu können, bewertet sie als völlig unrealistisch. In der Summe sei sein Vorschlag nicht genehmigungsfähig.

Herr Gräbener ergänzt, dass neben den Flächen für die Schulräume nach den Schulbaurichtlinien auch noch ein Zuschlag von plus 0,6 für Verkehrsflächen, Neben-

räume, Fluchtwege und Ähnliches hinzukommt und dies zusammen den erforderlichen Flächenbedarf ergibt. Dazu verweist er auf die bereits genannte Beantwortung einer Anfrage im Januar 2018. Rechnet man den Flächenbedarf in Bruttogeschossfläche um, ergibt das eben das zuvor bereits angesprochene VIII-geschossige Gebäude. Weitere Restriktionen, wie Landschaftsschutz, Denkmalschutz und Waldgebiet, kommen noch hinzu. Fazit der zahlreichen Gespräche auch mit den anderen Dienststellen ist, dass das nicht umsetzbar ist.

Frau Westphal, sachkundige Einwohnerin FDP-Fraktion, bittet die Verwaltung zur Vorbereitung der Entscheidung Raumpläne der beiden Realschulen vorzulegen und von der Schulentwicklungsplanung eine Stellungnahme, wieso eine Aufteilung auf 3 Züge zu 3 Zügen nicht möglich sei.

Frau Dr. Klein antwortet dazu, dass die Verwaltung seit gut einem Jahr Fakten bereitstellt und alle Fragen beantwortet. Nun sei es an der Zeit, Entscheidungen zu treffen. Sie äußert die Hoffnung, der Ausschuss möge den Beschlüssen der Schulkonferenzen folgen.

Frau Nessler-Komp, CDU-Fraktion, stellt einen Geschäftsordnungsantrag auf Ende der Debatte.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt bei einer Enthaltung der Fraktion Die Linke.

Herr Goss, Stadtschulpflegschaft, äußert in einer persönlichen Erklärung seine Hoffnung, dass man nun dem Elternwunsch und den Beschlüssen der Schulen nachkommt. Alle wussten, dass 2 Standorte nicht optimal sind.

Im Laufe der Diskussion sei geäußert worden, dass an Gymnasien Realschulklassen eingerichtet würden - zu dieser Äußerung erbittet er eine Stellungnahme der Verwaltung.

Frau Heuer stellt klar, dass es so nicht ist. Vielmehr würden Schüler mit Realschulempfehlung an Gymnasien angemeldet, die dann dort aber nicht erfolgreich sind. Das jedoch sei eine bildungspolitische Frage.

#### **Beschluss:**

1. Der Rat beschließt gem. § 81 Abs. 2 Schulgesetz Nordrhein-Westfalen (SchulG NRW) die Errichtung einer Gesamtschule im Stadtbezirk Lindenthal zum 01.08.2019 mit 4 Zügen in der Sekundarstufe I und 2 Zügen in der Sekundarstufe II. Die Schule startet mit der Jahrgangsstufe 5 und baut jahrgangsweise auf.
2. Die Gesamtschule wird gem. § 9 SchulG NRW als Ganztagschule geführt.
3. Der Rat der Stadt Köln beschließt, dass die neue Gesamtschule ab dem Schuljahr 2019/20 an den beiden Teilstandorten Berrenrather Straße 488 (Sülz) und Alter Militärring 96 (Müngersdorf) geführt wird.
4. Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung, bei der Bezirksregierung Köln umgehend nach Beschlussfassung einen Antrag zur Genehmigung der Gesamtschule zu stellen.

5. Unter dem Vorbehalt der durch die Bezirksregierung Köln erteilten Genehmigung zur Errichtung der Gesamtschule in Lindenthal beschließt der Rat gem. § 81 Abs. 2 SchulG NRW die auslaufende Schließung der Elsa-Brändström-Realschule, Realschule Berrenrather Straße 488, 50937 Köln-Sülz sowie der Ernst-Simons-Realschule, Realschule Alter Militärring 96, 50933 Köln-Müngersdorf, ab dem Schuljahr 2019/20. Beide Schulen bilden dann keine neuen Eingangsklassen mehr.
6. Der Rat beschließt, dass die verbleibenden Klassen der Elsa-Brändström-Realschule zum Schuljahr 2021/22 an den Standort Alter Militärring 96 umziehen.
7. Der Rat beschließt, dass die derzeit an der Ernst-Simons-Realschule Alter Militärring angesiedelte Stelle Schulsozialarbeit bis zum Auslaufen der Schule erhalten bleibt. Die Stelle Schulsozialarbeit soll das Auslaufen der Schule begleiten.
8. Die Umsetzung der Gesamtmaßnahme erfolgt nach gesicherter Finanzierung. Für die hierfür notwendigen Bau- und Einrichtungsmaßnahmen werden die in diesem Zusammenhang erforderlichen Beschlüsse - unter Darstellung der haushaltsmäßigen Auswirkungen - zu einem späteren Zeitpunkt herbeigeführt. Es wird hiermit u.a. ein z.Zt. noch nicht kalkulierbarer Mehrbedarf bei der Schulmiete verbunden sein.
9. Der Rat der Stadt Köln bestätigt ausdrücklich, dass die Gesamtschule im Sinne des § 2 Abs. 5 Schulgesetz NRW ein inklusives Bildungsangebot vorhält, in der Schüler\*innen mit und ohne sonderpädagogischem Förderbedarf gemeinsam lernen.
10. Die Stadt Köln hat ein hohes Interesse am Fortbestand des Verbundes NRW-Sportschulen. Der Rat der Stadt Köln würde es daher sehr begrüßen, wenn die Schulkonferenz der neuen Gesamtschule sich um den Titel der sportbetonten Schule bewerben würde, um so eine wichtige Rolle im Sportverbund zu übernehmen.
11. Die sofortige Vollziehung dieses Beschlusses wird gem. § 80 Abs. 2 Ziff. 4 Verwaltungsgerichtsordnung im öffentlichen Interesse angeordnet.

#### **Beschluss 1:**

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung stellt die Behandlung dieser Vorlage wegen Beratungsbedarfs um eine Sitzungsfolge zurück. Die Beratung soll in der Sitzung der Bezirksvertretung Lindenthal am 24.09.2018 beginnen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

mit 4 Stimmen der CDU-Fraktion gegen 8 Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion Die Linke, der FDP-Fraktion mehrheitlich abgelehnt.

#### **Beschluss 2:**

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung verweist diese Vorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien. Gleichzeitig beschließt der Ausschuss für Schule und Weiterbildung die Einberufung einer Sondersitzung des Schulausschusses vor der Ratssitzung am 27. September 2018 zur Beratung dieser Vorlage.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion Die Linke, der FDP-Fraktion und eines Vertreters der CDU bei einer Enthaltung der CDU-Fraktion sowie 2 Nichtbeteiligungen der CDU-Fraktion.

